

Drucksachen-Nr.	057 / 2010
Einreicher:	Stadtrat Jan Morgenroth
Datum der Sitzung:	24.03.2010
beantwortet durch:	Oberbürgermeister, Herr Stefan Wolf

- es gilt das gesprochene Wort -

Bezuschussung von Projekten gegen Rechts

Unter dem Deckmantel der Bekämpfung von „Rechtsextremismus“, „Fremdenfeindlichkeit“ und „Antisemitismus“, sind in den letzten Jahren mehrere 100 Millionen Euro öffentlicher Mittel in den Kampf gegen die Nationale Opposition geflossen. Primär richtet sich dieser unzulässige Eingriff in die Chancengleichheit der Parteien gegen die NPD. Angenehmer Nebeneffekt eines solchen bundesdeutschen Konjunkturpaketes ist, für arbeitsunwillige Sozialpädagogen, gewalttätige Linksextremisten und egozentrische Selbstdarsteller, ein müheloses Einkommen und die Möglichkeit, sich der Öffentlichkeit als besonders wichtig zu präsentieren. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund leerer Kassen fordert die NPD deshalb: Schluss mit der Steuergeldverschwendung – Anti-Rechts-Programme stoppen!

Antwort:

Verehrte Stadträte, meine lieben Damen und Herren,

erlauben Sie mir einige Vorbemerkungen – nicht zuletzt als ein notwendiges Korrektiv zu gewissen Unterstellungen im Vorspann der Anfrage. Dies betrifft zum ersten (1.) das Gewaltpotential des Weimarer Rechtsextremismus; zum zweiten (2.) das breite zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus seit zehn Jahren in Weimar; und zum dritten (3.) die Arbeit des Kriminalpräventiven Rates auf diesem Gebiet.

zu Punkt 1:

Wir alle wissen aus den einschlägigen Quellen wie dem Thüringen Monitor „zur politischen Einstellung und Kultur der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat“, dass die Demokratie in unserem Land nicht ohne Gefährdung ist. Wenn jeder fünfte der im Monitor befragten Thüringer und Thüringerinnen sich als Anti- oder Nichtdemokrat definiert, erinnert uns das daran, dass wir demokratisches Bewusstsein und Engagement nicht als naturgegeben, sondern als ein Gut verstehen müssen, dass es zu verteidigen, zu lehren und zu unterstützen gilt. Dies betrifft im besonderen Maße den Schutz jener Gruppen unserer Gesellschaft, die durch antidemokratische Gesinnung wie Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus gefährdet sind. Wir haben im vergangenen Wahlkampf miterleben müssen, wie Fremdenfeindlichkeit auf Wahlplakaten bewusst geschürt wurde – ich musste persönlich dagegen vorgehen.

Hinzu kommt die politisch motivierte Kriminalität von Rechtsextremen, die vor allem in ihrer Brutalität beeindruckend bleibt. Gerade gestern hat das Thüringer Innenministerium hierzu die jüngsten Zahlen veröffentlicht: im Jahr 2009 gab es 53 registrierte Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund in Weimar. Nach der von Innenminister Huber gestern vorgestellten Statistik gab es 2009 thüringenweit 42 rechtsextreme Gewalttaten. Hinter diesen Fallzahlen stehen Einzelschicksale, individuelle Lebensgeschichten von Menschen, die für immer gezeichnet und traumatisiert sind. Soviel zu einer potentiellen Verharmlosung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der Anfrage.

Ich möchte Sie bitten, sich mit mir an einige besonders schlimme Fälle in den vergangenen zwanzig Jahren zu erinnern:

1990 überfielen rechtsextreme Schläger einen Mocambiquaner. Er wird lebensgefährlich verletzt.

1991 prügeln Skinheads solange auf einen sowjetischen Offizier ein, bis er ins Koma fällt.

1993, die Wohnung eines Weimarer Unternehmers wird von verummten rechtsradikalen Jugendlichen überfallen und verwüstet.

1997 wird ein vietnamesischer Gemüsehändler fast zu Tode gestochen.

1999 werden vier Schriftsteller nach einem Gaststättenbesuch von einer Gruppe Neonazis überfallen.

2005 werden die Teilnehmer/innen der Weimarer Zukunftskonferenz auf einer rechts-extremen Internetseite mit detaillierten Informationen zur Person vorgestellt und bedroht.

2007: Schüler einer Klasse aus Hessen werden rassistisch beleidigt und geschlagen. ein Mitarbeiter der Gedenkstätte Buchenwald der interveniert, wird körperlich angegriffen.

2008: Auf dem Goetheplatz wird ein jugendlicher Punker von drei Rechtsextremen angegriffen und verletzt.

2009: Eine Gruppe von sieben Weimarnern wird auf einem Rastplatz in der Nähe von Chemnitz von einer Gruppe von 60 Neonazis überfallen, mit Flaschen attackiert, zu Boden geschlagen und getreten, das Auto wurde demoliert.

Hinzu kamen die unerträglichen Aufmärsche neonazistischer Gruppierungen in Weimar – vor allem zum Ende der 90er Jahre und zum Jahrtausendwechsel.

zu Punkt 2:

Gedankt werden sollte deshalb an dieser Stelle den zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen, den Parteien und Einrichtungen, die im Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus seit zehn Jahren eine kontinuierliche Aufklärungsarbeit betreiben. Es war im März 2000, dass das Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus aus der Taufe gehoben wurde. Nehmen wir uns also kurz die Zeit, diesem so erfolgreichen Modell eines zivilgesellschaftlichen Engagements gegen den Rechtsextremismus, gegen Fremdenfeindlichkeit und für eine weltoffene Stadt Weimar seine gebührende Ehre zukommen zu lassen. Den nachhaltigen Effekt, den dieses Bürgerbündnis durch seine zehnjährige Arbeit mit all den dazugehörigen Hochs und Tiefs auf ein waches demokratisches Bewusstsein der Weimarer Bevölkerung ausgeübt hat, kann gar nicht hoch genug geschätzt werden. Es war und ist eine Schule demokratischen Bewusstseins – gerade auch für junge Menschen. Durch dieses Bürgerbündnis wurden im Verlauf der letzten zehn Jahre unzählige rechtsextreme Aufmärsche verhindert oder aus der Stadt gedrängt, immer wieder wurden neue demokratische Aktionsformen erprobt und längst hat sich mit dem Graswurzel Netzwerk die zweite Generation des Bürgerbündnisses seine eigene Organisation geschaffen. Auch heute sind sie wieder hier am Stadtrat zur Stelle und einige von ihnen sitzen noch auf den Zuhörerbänken: Dem Bürgerbündnis – uns allen! – sei an dieser Stelle herzlich zum zehnten Geburtstag gratuliert: Nicht zuletzt ihr persönlicher Einsatz und ihre Aufmerksamkeit im Alltag garantiert, dass der Rechtsextremismus in Weimar nicht Fuß fasst. Erlauben Sie mir mit dieser Gratulation eine ganz kurze Erinnerung an die Ursprungsgeschichte des Bündnisses im März 2000. Denn sicherlich war es ein Novum – vielleicht in ganz Deutschland – dass damals die Stadtverwaltung selbst – die Stadtspitze – eine kleine Weimarer Event-Agentur (die „Area 2000“), beauftragt hatte, gegen einen groß angekündigten rechtsextremen Aufmarsch stadtweit zu mobilisieren. Eine „AG 1. Mai“ wurde damals gegründet, eine frühe Demonstration angemeldet. Und in einer Tageszeitung meldet sich Volkhard Knigge, der Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, zu Wort und mahnt: „Wer schweigt, stimmt objektiv zu“. Alle Parteien des Stadtrates hatten sich an diesem 1. Mai 2000 unter einem Logo und einem Slogan versammelt: unter dem Logo des „Bunten Hauses“ und dem Motto: „Bunte Vielfalt gegen braune Einfalt“. Meine Damen und Herren – ich will hier nicht in Nostalgie verfallen – aber ich denke wir können Stolz auf diese zehn Jahre demokratischer Kultur zurückzuschauen. Grundsätzlich sind die Erfolgsrezepte von gestern auch noch die von heute – Dresden hat dies in diesem Jahr gezeigt.

zu Punkt 3:

Im Mittelpunkt der kommunalen Auseinandersetzungen mit dem Rechtsextremismus muss das zivilgesellschaftliche Engagement stehen, das bürgerliche Engagement für ihr demokratisches Gemeinwesen. Auch dies haben wir in den vergangenen Jahren auf vielfache Art und Weise gelernt. Staatliches Handeln kann hier, wo es um eine Frage des gesellschaftlichen Bewusstseins geht, immer nur unterstützend hinzukommen. Der Kriminalpräventive Rat hat dazu – seit seiner Wiederbelebung vor zwei Jahren – inzwischen gute Arbeit geleistet. Auch im KPR liegt der Schwerpunkt auf der Netzwerkarbeit, der Zusammenarbeit zahlreicher Weimarer Institutionen und Initiativen. Ein Beispiel dafür ist die Informationsarbeit in den Weimarer Stadtbussen – eine gemeinsame Initiative der Stadtwirtschaft, der Polizei, der Volkshochschule, einer Agentur, der Gedenkstätte Buchenwald und der Stadtverwaltung. Ein anderes Beispiel ist die Reihe „Weimarer Orte der Vielfalt“, die vor anderthalb Jahren initiiert wurde, nachdem Weimar unter eben diesem Titel „Ort der Vielfalt“ sind im April in einer Ausstellung hier in der Stadtverwaltung zu sehen. Hinzu kommen die Schulungen zu „Rechtsextremen Zeichen und Symbolen“, eine Vortragsreihe unter dem Titel „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ oder die Fortbildungsreihe „Diskriminierung. Was ist das eigentlich?“.

Soviel an dieser Stelle also zum Engagement der gesamten Stadt Weimar und der Stadtverwaltung im Besonderen zum Schutz unserer demokratischen Werte und unseres demokratischen Gemeinwesens.

Auf die einzelnen Fragen in der Anfrage antworte ich wie folgt:

Frage 1:

Welche Projekte gegen „Rechtsextremismus“, „Fremdenfeindlichkeit“, „Antisemitismus“ und/oder für „Demokratie und Toleranz“ erfuhren in den Jahren 2008 und 2009 finanzielle Unterstützung durch die Stadt Weimar? Bitte für die einzelnen Projekte, die Höhe der Zuwendung, in den jeweiligen Jahren mitteilen.

Antwort:

In den Jahren 2008 und 2009 wurde dem Bürgerbündnis gegen Rechts ein Zuschuss für Personal- und Sachkosten gewährt.

Frage 2:

Werden ortsansässige Projekte mit oben beschriebener Zielsetzung, darüber hinaus mit Mitteln des Freistaates Thüringen oder mit Bundesmitteln unterstützt? Bitte den Umfang der finanziellen Zuwendung, aufgeschlüsselt nach Landes und Bundesmitteln, für die einzelnen Projekte und Jahre angeben.

Antwort:

Ob derartige Projekte mit Bundes- oder Landesmitteln gefördert werden, können nur die jeweiligen Fördermittelgeber beantworten.

Frage 3:

Welche Bedingungen muss ein Projekt erfüllen, um gefördert zu werden und in welcher Form werden Stadtrat und Öffentlichkeit über die Inhalte der geförderten Projekte, die Förderhöhe und die tatsächliche Verwendung der Mittel informiert?

Antwort:

Da die Stadt selbst keine Projekte weiter fördert und auch keine Kenntnis über weitere Projekte hat, kann hierzu keine Aussage getroffen werden. Diese Frage müsste an die jeweiligen Fördermittelgeber direkt gestellt werden.

Frage 4:

Sind entsprechende Projekte, im aktuellen Haushaltsentwurf der Stadt, für eine weitere Förderung im Jahr 2010, vorgesehen? Wenn ja, bitte jeweils die geplante Summe und die dazugehörige Haushaltsstelle benennen.

Antwort:

Im aktuellen Haushaltsentwurf sind unter der HH-Stelle 11000.71800 für das Jahr 2010 Mittel in Höhe von 15.000 Euro für das Bürgerbündnis gegen Rechts als Zuschuss für Personal- und Sachkosten enthalten.